

(Abgeordneter Nitzsche [Leuzsch].)

(A) und ihren Einfluß nicht ihrer Bedeutung entsprechend zum Ausdruck kommen zu lassen.

(Zuruf links: Wäre ihr auch nicht gelungen!)

— Ihre Partei hätte es nicht verhindert, das kann ich sagen. — Im Reiche liegt es so, daß der demokratische Grundsatz voll respektiert worden ist, derselbe Grundsatz, der in Sachsen außer acht gelassen worden ist. Nun werden Sie sagen, es wäre ohne die Sozialdemokraten im Reiche gar nicht gegangen. Herr Ministerpräsident, es wird hier ohne die bürgerlichen Parteien auch nicht gehen.

(Abg. Liebmann: Recht gut wird es gehen!)

Es wird von uns dasselbe verlangt werden, was die bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung billigerweise von den Sozialdemokraten auch hätten verlangen können, nämlich einsichtsvolle Unterstützung. Also die Gegenmeinung des Herrn Ministerpräsidenten für die Zusammenfassung der Regierung ist nicht richtig. Die bürgerlichen Parteien sind ausgeschaltet worden, und auch die Presse der Mehrheitssozialisten hat im großen und ganzen die Stellungnahme der Sozialdemokratie bei der Regierungsbildung als nicht richtig bezeichnet. Wir befinden uns also in ganz angenehmer Gesellschaft, wenn wir in sachlicher Weise Kritik üben. Das werden Sie

(B) uns auch ohne weiteres gestatten. Es bleibt bestehen, daß die hinter unserer Partei stehende halbe Million Wähler eine Vergewaltigung erfahren haben. Aber es ist auch eine Inkonsequenz insoweit, als die Regierung zum neuen Wahlgesetz, das während der Revolution erlassen worden ist, also dieselbe Regierung, die wir heute haben — im Grunde ist die neue Regierung weiter nichts als eine Bestätigung der alten Revolutionsregierung —, gesagt hat, daß das Wahlgesetz durch die Verhältniswahlen eine Mitwirkung der Minoritäten in der Regierung herbeiführen soll. Sie hat also das, was sie damals versprochen hat, anscheinend vergessen.

Aber wir gehen zu, daß die Verhältnisse sehr oft stärker sein können als der ehrliche Wille und die beste Absicht.

(Abg. Müller [Zwickau]: Na also!)

Und aus diesem Grunde stehen wir der neuen Regierung vorurteilsfrei gegenüber. Unser volles Vertrauen werden wir ihr jedoch erst aussprechen können, wenn ihre Tätigkeit von uns voll beurteilt werden kann. Wir erwarten allerdings von der Regierung, daß sie die Kräfte, die sie einstellt, nach ihrer Bedeutung und Befähigung ausucht und nicht nach ihrem politischen Bekenntnis.

(Vizepräsident Dr. Dietel: Sehr gut!)

(C) Wir haben gegen die alte Regierung gegen die konservative Protektionswirtschaft mit aller Schärfe gekämpft, und wir wünschen nicht, daß nun von einem Extrem in das andere gefallen und daß die eine Protektionswirtschaft von der anderen abgelöst wird.

(Sehr gut! bei den Demokraten.)

Es wird mitunter schwer sein, das Richtige zu treffen. Ich setze den Fall, daß vielleicht der Herr Kultusminister einmal irgendeinen Posten zu besetzen hat, sagen wir einmal, den eines Bezirksschulinspektors. Nun kann man dem Herrn Kultusminister nicht zumuten, daß er über die Eignung der in Frage kommenden Personen das richtige Urteil haben soll.

(Zuruf rechts: Warum nicht?)

Das kann er noch nicht haben. Wie ich die Herren Geheimräte aus dem Kultusministerium kenne, finden sie auch nur die Herren am besten geeignet, die ihrer politischen Richtung nahestehen.

(Abg. Dr. Roth: Geheimräte, trauriges Kapitel!)

Wenn nun die Ernennung stattfinden soll, dann kann leicht der Fall eintreten, daß sich Einflüsse geltend machen, die sehr nach einer Berücksichtigung der politischen Stellungnahme aussehen. Wir wollen darum, daß in solchen und ähnlichen Fällen auch der Schein vermieden wird.

(Vizepräsident Dr. Dietel: Politische Klugheit!)

Ohne auf irgendeinen Fall anzuspieren,

(Zuruf: Na, na!)

möchte ich nur sagen, daß es Gesinnungsgeschmeiß immer gegeben hat,

(Sehr gut!)

unter der alten Regierung, und auch in der kurzen Zeit, in der unsere Fraktion in der Regierung vertreten war. In dieser kurzen Zeit kamen alle Tage Briefe von Leuten, die nun mit einem Male ihr liberales Herz entdeckt hatten und sich zur Verfügung stellten. Ebenso wird es der sozialdemokratischen Regierung gehen. In better Absicht sagen wir Ihnen: Seien Sie in solchen Fällen stark.

(Unruhe.)

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, daß im demokratischen Staate ein jeder seines Glückes Schmied sein soll. Das ist ein Programm. Wir bitten ihn aber auch, dafür zu sorgen, daß es in Wirklichkeit so sein kann,